

Wirtschaftsreform in Vietnam

Ökonomisches Chaos und "spontane Reform"

Dem Beobachter der vietnamesischen Wirtschaft sei die Auffassung gestattet, daß sich nur reiche Länder den Luxus ökonomischer Ineffizienz leisten können. Zu dieser Auffassung, scheint in Vietnam im Verlauf der 80er Jahre sowohl der sprichwörtliche "kleine Mann auf der Straße" wie – wenn auch erst etwas später – die Vietnamesische Kommunistische Partei (KPV) gelangt zu sein.

Die bescheidenen Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung seit Ende des Krieges berechtigen zu einer solchen Schlußfolgerung ebenso, wie das Verhalten der Wirtschaftsakteure in der vietnamesischen Nach-Kriegs-Gesellschaft.

Seit Beginn der 80er Jahre war die vietnamesische Bevölkerung in immer größerem Ausmaß mit dem befaßt, was als "begrenzte Regelverletzung" bekannt wurde, d.h., mit ungesetzlichen oder doch zumindest nicht offiziell sanktionierten wirtschaftlichen Praktiken.

Als Hauptursache für die deprimierenden wirtschaftlichen Ergebnisse ist die völlige Unangemessenheit des übernommenen Wirtschaftssystems zu sehen. Wie Claudia Pfeiffer und andere wiederholt festgestellt haben, wurde, ohne auf die lokalen Bedingungen Rücksicht zu nehmen, aus vorwiegend ideologischen Gründen eine zentrale Planwirtschaft sowjetischen Typs übernommen.¹ Die Anwendung dieses Modells deformiert durch ihre hinlänglich bekannten Mängel jede Ökonomie. In dieser Hinsicht war Nord-Vietnam keine Ausnahme, obwohl durch die kriegsbedingten Zerstörungen die tatsächlichen Ursachen der gravierenden Engpässe und des unproduktiven Verhaltens der meisten Wirtschaftsakteure teilweise verdeckt wurden. Zudem wurde nach der Wiedervereinigung die bereits bestehende zentrale Planwirtschaft des Nordens auch dem Süden übergestülpt, der dann einen überproportionalen Anteil an der Last zu tragen hatte.² Damit wurde die Wirtschaftskraft Vietnams aber vollständig überfordert.

Das US-Embargo, der bewaffnete Konflikt mit China und die Einstelllung ausländischer Hilfe waren nicht dazu angetan, die Lage zu verbessern. Die Aufrechterhaltung der Militärpräsenz in Kambodscha verschlechterte die finanzielle Situation weiter. Aber dennoch: die Lasten, die Vietnam, bedingt durch diese Faktoren, tragen mußte, waren gering im Vergleich zu den systembedingten Unzulänglichkeiten zentraler Planung. Sie trugen zweifellos zu einer "verschärften

Mangelwirtschaft" bei – um Ffordes und Paines Begriff zu verwenden³ – und trieben die Inflation in ungeahnte Höhen. Aber weder Embargo noch Kriege änderten etwas an den strukturellen Merkmalen dieser Ökonomie sowjetischen Typs.

Demgegenüber führten die begrenzten Regelverletzungen" zu einer graduellen Akzeptanz alternativen wirtschaftlichen Verhaltens, denn die Bevölkerung suchte nach Wegen, die durch die herrschende Wirtschaftsordnung errichteten Hindernisse zu umgehen. Durch den Versuch, einige der durch die Wirtschaftspolitik zu verantwortenden Wohlfahrtsverluste rückgängig zu machen, wurde ein Prozess in Bewegung gesetzt, dessen Ergebnis die Erosion der zentral gelenkten Ökonomie war.⁴ Bezeichnenderweise trugen diese Regelverletzungen nicht nur zu einem wachsenden Bewußtsein über die Schwächen der zentralen Planwirtschaft bei, sondern führten auch zu "spontanen Reformen". An der Basis fand eine "Kommerzialisierung" der Wirtschaft statt.⁵ Es war offensichtlich geworden, daß Veränderungen notwen-

dig waren und daß bereits etwas in Bewegung gekommen war.

Dieser Prozeß ist, wenn auch zögernd, spätestens seit Beginn der 80er Jahre zu beobachten. Beispielsweise wurden private wirtschaftliche Aktivitäten zeitweise toleriert oder sogar stillschweigend befürwortet. Eine neue Wirtschaftspolitik für den zentralen landwirtschaftlichen Sektor wurde formuliert und versuchsweise eingeführt. Wirtschaftliche Entscheidungsbefugnisse wurden wiederholt dezentralisiert, jedoch nur, um zu einem späteren Zeitpunkt wieder zentralisiert zu werden. Als 1986 der Versuch, den hohen Inflationsüberhang von 1985 zu beseitigen, mit katastrophalen Ergebnissen endete, setzte sich die Überzeugung durch, daß Entscheidendes geändert werden mußte. Eine Hyperinflation, angeheizt durch ein riesiges Defizit im Staatshaushalt, machte jede durchdachte Wirtschaftspolitik unmöglich. Zudem zeigte die drohende drastische Reduzierung der sowjetischen Wirtschaftshilfe überdeutlich, daß radikale Schritte wirklich unumgänglich waren.



Zurück zur eigenständigen Produktionsweise: Fahrradfabrik in Hanoi

aus: M. Riboud, North Vietnam, 1977, Bild 45

"Rette sich, wer kann"

Interview mit Dr. Tran Trung Dung, Direktor des Büros für Außenwirtschaftsbeziehungen der Hafenstadt Haiphong, über die sozialen Auswirkungen des vietnamesischen Reformprogramms. Das Interview wurde von Klaus Fritsche und Heinz Kotte anlässlich eines Besuchs in Vietnam im März '91 geführt.

Frage: Welche Auswirkungen hat die Umstellung auf Marktwirtschaft auf das Bildungs- und Gesundheitswesen?

Antwort: Das Schulwesen bei uns ist nicht schlecht. Das zeigt sich in den Leistungen der Studenten und Wissenschaftler, die wir ins Ausland schicken. Die Menschen sind sehr fleißig. Aber in der letzten Zeit gibt es schlechte Zeichen, z.B. hat in den letzten fünf Jahren 1/5. aller Schüler die Schule vorzeitig ohne Abschluß verlassen. Sie sehen keine Chance für die Zukunft. Selbst mit einer guten Ausbildung gibt es keine Chance für eine Beschäftigung, für die man ausgebildet wurde. Andererseits gehen alle mit großem Eifer an die Arbeit, wenn sie eine Chance haben. Für 50 US\$ pro Monat nimmt man begeistert eine Arbeit an, was für Industrieländer ein Hungerlohn ist. Darin liegt eine Chance für Unternehmer, hier Betriebe zu eröffnen.

Das Gesundheitswesen ist ein großes Problem. Früher wurde alles durch den Staatshaushalt subventioniert, jetzt nicht mehr. Der Haushalt ist so defizitär, daß er solche Ausgaben nicht abdecken kann. Das führt dazu, daß es augenblicklich im Gesundheitswesen furchtbar aussieht. Schulwesen und Gesundheitswesen sind zwei Bereiche, die man subventionieren muß. Sie werfen keinen Profit ab, und es will auch niemand darin investieren. Und die Betriebe wollen auch kein Geld mehr dafür ausgeben. Das führt dazu, daß man nach der Devisen lebt: "Rette sich, wer kann."

Der Standard in den Schulen und Krankenhäusern ist furchtbar. Wenn natürlich jemand mit etwas Geld in der Tasche kommt, hat er noch gute Bedingungen, sonst ist es furchtbar. Sie können auch meine Kollegen fragen. Ich sage die Wahrheit.

Heißt das, daß jetzt die Patienten bezahlen müssen, oder ist das Gesundheitswesen so schlecht geworden?

A: Die Untersuchungen sind kostenlos, aber die Medizin ist teuer. Es gibt dafür keine festen Preise. Die Ärzte versuchen, ihre eigenen Medikamente zu verkaufen, die meistens aus dem Ausland kommen, wie z.B. in dem großen Krankenhaus in Haiphong, das mit Hilfe aus der CSFR vor allem für die Bergarbeiter gebaut wurde. Im Schulwesen entstehen wieder private

Schulen. Die Eltern, die eine gute Erziehung für ihre Kinder möchten, müssen selbst bezahlen. Und das ist fast unmöglich. Ich gebe z.B. für meine Tochter die Hälfte meines Lohnes aus. Und die andere Hälfte gebe ich für Tee und Zigaretten aus. Wir haben also noch andere Einnahmequellen. Es ist unmöglich, von meiner Arbeit zu leben.

Wer gründet und unterhält solche privaten Schulen?

Das sind meistens Lehrer, die zuvor in staatlichen Schulen gearbeitet haben. Sie sind entweder entlassen worden oder hatten keine Lust mehr. Es gibt gute Lehrer, aber auch schlechte, die die Chance ergreifen, selbst eine Schule zu gründen. Die Vietnamesen sind sehr bildungshungrig, man kämpft für eine gute Ausbildung. Leider sind die Möglichkeiten sehr beschränkt. Z.B. wollen jetzt alle Fremdsprachen lernen. Die Schulen sind abends voll von Menschen, die eine Fremdsprache lernen. Das muß aus der eigenen Tasche bezahlt werden. Man bezahlt mit Geld von Verwandten, aus dem Ausland oder aus "unsichtbaren" Quellen.

Wenn Sie von der Hälfte des Einkommens für die Ausbildung Ihrer Tochter sprechen, können Sie uns sagen, wie hoch die Kosten für die Ausbildung sind?

Es gibt Unterschiede, die mehr als das Zehnfache ausmachen, etwa zwischen 3000 und 30.000 Dong (zwischen 8 und 80 DM) pro Monat. Meine Tochter geht also in eine Schule, in der jeder bezahlen muß, und vormittags geht sie zu einer privaten Lehrerin. Und sie besucht sonntags eine Fremdsprachenausbildung und treibt außerdem noch Karate. Für all das muß ich bezahlen. Dabei handelt es sich bei mir um einen Sonderfall. Meine Frau und ich haben eine qualifizierte Ausbildung, arbeiten an mehreren Arbeitsplätzen und haben ein hohes Einkommen. Außerdem haben wir nur eine einzige Tochter. Wir können zahlen. Aber für eine Arbeiterfamilie mit durchschnittlich vier Kindern ist das ein großes Problem. Sie haben viele Schwierigkeiten. Ich sehe schon Möglichkeiten, das zu überwinden. Natürlich muß man dafür mit den Industriestaaten zusammenarbeiten, um die Wirtschaftslage zu verändern. Das ist aus sozialen Gründen notwendig.

(Das Interview wurde erstmals in der TAZ von 12.8.91 veröffentlicht.)

Der Wendepunkt

Während der Prozeß der spontanen Reform das System der zentralen Planung weiter abbröckeln ließ, taten die fortbestehenden gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte mit ihren destabilisierenden Folgen das Übrige. Der Wendepunkt kam im Frühjahr 1989, als

die Regierung "einfach aufhörte, Geld zu drucken".⁶ Im Nachhinein ist es dabei schwierig, genau die entscheidenden Komponenten der Politik auszumachen, die die Inflation von schwindelerregenden 300 Prozent 1988 auf etwas einfacher handhabbare 30 Prozent im folgenden Jahr herunterdrückten. Dazu gehörten z.B. Zinssätze, die höher als die Inflationsrate waren, so daß sie wirklichen Ertrag für den Sparer brachten. Bis dahin führte ein Bankguthaben lediglich zur Subventionierung der Bank, und damit des Staates und anderer Kreditnehmer⁷, weshalb nur wenige Bürger überhaupt wogen, ihr Geld nicht in Gold oder Dollar anzulegen. Dieser weitverbreiteten "Dollarisierung" der Wirtschaft wurde durch den Versuch begegnet, den offiziellen Kurs des Dollars an den des Schwarzmarktes anzugleichen. Das war zumindest anfangs ein sehr erfolgreiches Manöver. Ernste Anstrengungen wurden außerdem zur Kontrolle und Reduzierung des staatlichen Haushaltsdefizits unternommen, wobei der Zahlungsbilanz und den laufenden Ausgaben besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Kurz und gut, gesamtwirtschaftliche Stabilisierung wurde die Losung des Tages.

Die eingeleiteten Maßnahmen sollten aber nicht allein durch diese makroökonomischen Steuerungsinstrumente wirken. Ebenso wichtig für die Lebensfähigkeit der Reformen war die Befreiung der Wirtschaft von einschränkenden Bestimmungen. So sollte die Liberalisierung des Außenhandels zum Beispiel Auslandsinvestitionen ermutigen und helfen, den Handel in Hartwährungsgebiete umzuleiten. Beschränkungen der Migration und damit des Arbeitsmarktes wurden gelockert. In ländlichen Gebieten, bei kleinen Handwerksbetrieben, im Handel und Dienstleistungsbereich machte die Einführung von eindeutigen, transparenten und einklagbaren Eigentumsrechten einige Fortschritte.⁸

Die weitgehend deflationistische Politikkonzepte führten jedoch unvermeidlich dazu, daß einigen Teilen der Bevölkerung große soziale Kosten auferlegt wurden, nicht zuletzt denen, die vorher in Staatsbetrieben und der öffentlichen Verwaltung beschäftigt waren. Ihr bevorzugter Zugang zu subventioniertem Wohnraum und Reis wurde eingeschränkt oder ganz beseitigt, und ihre einst sicheren Arbeitsplätze sind gefährdet. Nicht etwa, daß Angestellte des öffentlichen Dienstes hohe Gehälter gehabt



Umsteigen auf eigene Technologie: Frauen in einer Metallfabrik in Haiphong

aus: M. Riboud, North Vietnam, 1977, Bild 48

hätten (das verhinderten Hyperinflation und eingefrorene Löhne), aber allein die dadurch gegebenen Zugangsmöglichkeiten zu den elementaren Bedarfsgütern war häufig von überragender Bedeutung für die Versorgung der städtischen Haushalte.

Bäuerliche Haushalte dagegen, im besonderen im Mekong-Delta oder in der Nähe städtischer Zentren und Häfen, konnten aus der neuerlichen Lockerung der landwirtschaftlichen Planung Kapital schlagen. Mitglieder landwirtschaftlicher Einheiten, die in der Lage waren, von der Kooperative Land zu pachten, wurden tatsächlich wieder eher Bauern denn als sie Landarbeiter blieben. So wurde Vietnam 1989, noch zwei Jahre zuvor am Rande des Hungers, zu einem der Hauptreisexporteure in der Welt, ein Wandel, der nicht allein durch günstige Witterungsbedingungen bedingt war.

Durch die Politik der gesamtwirtschaftlichen Anpassung, zu der neben den traditionellen Sparmaßnahmen wie Subventionsstreichungen und strikte Haushaltsdisziplin für die Staatsbetriebe ebenso gehörten, wie die allgemeine Liberalisierung der Wirtschaft, machte Vietnam einen Schritt in Richtung Auflösung des zentralen Planungssystems. Zeitlich ging dieser Prozess – bekannt unter dem Namen "doi moi" oder "Erneuerung" – dem radikalen Versuch eines wirtschaftlichen Umbaus voraus, wie er gegenwärtig in Osteuropa durchgeführt wird.

Reformen – und dann?

Die politische Liberalisierung hat Vietnam, anders als Osteuropa, jedoch noch vor sich. Politische Reformen sind nicht nur aus sozialen und politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen zwingend notwendig. Ohne sie ist es schwer vorstellbar, wie die gegenwärtigen eindrucksvollen wirtschaftlichen Ergebnisse gehalten werden können.⁹ Z. B. muß bei den zukünftigen Unternehmern das Vertrauen in die Re-

Aus der Selbsteinschätzung der Partei

"Wir erleben seit vielen Jahren eine sozio-ökonomische Krise, die gekennzeichnet ist durch eine bedenkliche Inflation; langsamen und schwankenden Produktionsanstieg; niedrigen Nutzungsgrad von Ressourcen, Ausrüstung, Arbeitskraft und Begabungen; Entbehrungen im Leben der Menschen; ungesunde kulturelle, intellektuelle und moralische Lebensweisen; Versagen, soziale Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten; Ausbreitung von Korruption und anderen sozialen Untugenden; Verletzung der sozialen Gerechtigkeit; nachlassendes Vertrauen in die Führung der Partei und die Fähigkeiten des staatlichen Managements."

aus: *Strategie für die sozio-ökonomische Stabilisierung unseres Landes bis zum Jahr 2000*

formen und das neue Wirtschaftssystem gefördert werden, was wiederum erforderlich ist, um den richtigen Schlag von Unternehmern und nicht nur den Kleinhandel zu fördern.

Ferner ist die Redefreiheit und das Recht, konkurrierende politische Gruppen und Parteien bilden zu können, unerlässlich, um negative Folgen eines rücksichtslosen Gewinnstrebens während der Übergangsperiode einer öffentlichen und parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen. "Privatisierung durch die Nomenklatura" könnte zu einem Problem werden (dem Vernehmen nach ist es bereits eines), d.h. Parteikader haben versucht, aus personellen Seilschaften und ihrem bevorzugten Zugriffsmöglichkeiten auf Staatsbesitz Kapital zu schlagen. Auch die Überwachung anderer ungesunder Erscheinungen, wie etwa der willkürliche Erlaß von Gesetzen oder Steuern, findet durch eine lebhaft öffentliche Debatte Unterstützung.

Hiermit soll nicht gesagt werden, daß in Vietnam alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, im Rahmen des traditionellen Ein-Parteien-Systems die ökonomische Lage erschöpft zu verbessern. Einige Anhaltspunkte für diese These gibt die wirtschaftliche Lage Mitte 1991.¹⁰

Die Inflation, 1989 und während der meisten Zeit von 1990 erfolgreich zurückgedrängt, erreichte im Januar 1991 mit 13 Prozent ein neues Hoch. Mit einer für das ganze Jahr zu erwartenden Inflationsrate von 200 Prozent schien die Hyperinflation zurückgekehrt zu sein. Die Entwicklung des Wechselkurses im Verlauf des vergangenen Sommers – seit Jahresbeginn ist der Wechselkurs für den Dong auf dem freien Markt um fast 40 Prozent gesunken – vermittelt einen ähnlichen Eindruck. Aber in Wirklichkeit könnte sich die Lage als nicht so schlecht herausstellen, denn die monatliche Inflationsrate konnte auf ungefähr drei Prozent gesenkt werden und der Schwarzmarktwechselkurs für den Dollar hat sich auch etwas erholt. Dennoch deutet alles nach wie vor auf einen starken Inflationsdruck hin. Dieser ist weitgehend (wenn auch nicht ausschließlich) auf die andauernde Praxis zurückzuführen, die verlustmachenden Staatsunternehmen durch direkte Geldtransfers aus dem Staatshaushalt oder durch die Bevorzugung bei der Vergabe von staatlich subventionierten Krediten (d.h. durch künstlich niedrig gehaltene Zinssätze) zu retten. Alles in allem beträgt des Defizit des Staatshaushalts gegenwärtig ungefähr ein Drittel der Ausgaben.

Auf der anderen Seite wird der inoffizielle Wechselkurs stark durch die Zugangsmöglichkeiten für zum Import benötigte Devisen bestimmt. Wegen des durch eine schlechte Ernte im vergangenen Jahr verursachten Reismangels im Norden, leitete die Regierung einen Teil des ursprünglich für den Export



Traditionelles Handwerk: Frauen sägen Marmor

Foto: H. Kotte

vorgesehenen Reis aus dem Süden zur Unterstützung der Bevölkerung im Norden um. Das verringerte zwar den Inflationsdruck auf dem Reismarkt, darunter litten aber unvermeidlich die Verfügbarkeit von Devisen und folglich ihre Wechselkurse. Das Fehlen eines leistungsfähigen und offiziell anerkannten Devisenmarktes verstärkte diese mißliche Lage.

Die hohe Inflationsrate Anfang 1991 spiegelt auch die Folgewirkungen des Zusammenbruchs des RGW-Handels wieder. Der Übergang des Außenhandels vom Rubel zum Dollar verursachte kurzfristig Schwierigkeiten beim Zugang zu früher genutzten Bezugsquellen (die typischerweise, obwohl unbeabsichtigt, von den reicheren RGW-Mitgliedern subventioniert wurden). Rohstoffe und Ersatzteile müssen jetzt woanders gefunden werden, und das zu höheren Kosten.

Trotz dieser Turbulenzen scheint die industrielle Produktion in der ersten Hälfte des Jahres 1991 gestiegen zu sein. Dies ist vermutlich auf die gestiegene Ölproduktion zurückzuführen, die größtenteils nach Japan exportiert wird. Dies würde auch erklären, warum Vietnam in der Lage war, sein Exportniveau trotz der Störungen, die die Umorientierung des Handels mit sich brachte, aufrecht zu erhalten.

Aus all dem ist zu Recht der Schluß zu ziehen, daß eine genauere Kontrolle des finanziellen Verhaltens der Staatsbetriebe, die den Hauptaderlaß für den Staatshaushalt darstellen, notwendig wäre. Trotz allen Geredes, nach dem Bankrotts von Unternehmen erlaubt sein sollten, interveniert die Regierung weiter, um eine wachsende Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Die einzige wirkliche Alternative, die Privatisierung, muß immer noch im größeren Stil getestet werden.

Zudem muß die strukturelle Anpassung beschleunigt werden und es verbleibt die Notwendigkeit, die sozialen und regionalen Auswirkungen der gegenwärtigen

Maßnahmen zu überwachen. Immer noch gibt es wie vor den Reformen eine große Zahl regionaler und lokaler Monopole, teils wegen struktureller und rechtlicher Hindernisse beim freien Marktzugang (eine unerläßliche Komponente der Marktwirtschaft) und teils wegen infrastruktureller Defizite. Das Vorherrschen von Bürokratismus und von Parteikadern, die auf Selbstbereicherung aus sind, bilden große Hindernisse bei der Entstehung des Unternehmertums und anderen erwünschte Entwicklungen.

Auf lange Sicht muß der Arbeitsbeschaffung die vorrangige Aufmerksamkeit gelten. Mit einer Altersstruktur, die eine starke jährliche Netto-Zuwachsrate an Arbeitskräften mit sich bringt, und mit einer großen Anzahl von Vertragsarbeitern und Gastarbeitern, die nach Vietnam zurückkehren, kann dem Problem der Arbeitsplatzbeschaffung nicht mehr ausgewichen werden. Nirgends ist dies wichtiger als in ländlichen Gebieten, wo der größte Teil der vietnamesischen Bevölkerung lebt. Ländliche Gebiete können sich nicht allein gestützt auf die Landwirtschaft entwickeln. Einkommensquellen außerhalb der Landwirtschaft werden von immer mehr Personen und bäuerlichen Haushalten nachgefragt werden. Es spricht einiges dafür, daß die Aussichten im Süden besser sind. Dort ist das Land nicht so knapp, die Infrastruktur bezüglich Qualität und Erreichbarkeit besser, und der Zugang zu Märkten einfacher und billiger. Da von der Regierung nicht länger erwartet werden kann, diese Arbeitsplätze zu schaffen, kann nur eine erfolgreiche ökonomische Reform mit den Erfordernissen fertig werden, die eine ständig wachsende Armee von Arbeitssuchenden mit sich bringt. Wie andernorts müßten makroökonomische Stabilität, freier Marktzugang und die Bereitstellung einer angemessenen Infrastruktur die grundlegenden Bestandteile einer gewünschten Erweiterung des Arbeitsmarktes sein.

Ebenso könnte die derzeitige Unfähigkeit, das Niveau des Ausbildungs- und Gesundheitswesens zu halten, einen der wichtigsten komparativen Vorteile des Landes im internationalen Vergleich verringern, nämlich die große Anzahl billiger Facharbeiter. Kurzsichtigerweise scheint die Regierung in diesen Bereichen Ausgaben gekürzt zu haben, statt unprofitable große Fabriken zu schließen. Wenn dies so ist, verblasen Vietnams Aussichten, gerade wenn seine erfolgreicheren Nachbarn neue Investitions- und Geschäftsmöglichkeiten suchen. Nicht einmal der Vorteil, sich inmitten in einer der wirtschaftlich dynamischsten Regionen der Welt zu befinden, kann eine glänzende Zukunft garantieren, wenn die notwendigen Maßnahmen nicht rechtzeitig getroffen werden.

Örjan Sjöberg

Der Autor ist Hochschulassistent an der Stockholm School of Economics und Berater der "Swedish International Development Agency" (SIDA). Übersetzung aus dem Englischen: Hanne Eckart und Klaus Fritsche.

Anmerkungen:

- 1 Claudia Pfeifer, "Entwicklungskonzepte in Vietnam. Theorie und Realität", Internationales Asienforum, Vol. 22(1991)1-2, S.107-120
- 2 Die Sichtweise, daß der Norden die Hauptlast der Vereinigung zu tragen hatte (vertreten z.B. von Melanie Berresford in "Vietnam: Northernizing the South or Southernizing the North?", Contemporary Southeast Asia, Vol. 8/4 (1987), S. 261-275) weicht immer mehr der Erkenntnis, daß das Überstülpen des fremdartigen nordvietnamesischen Wirtschaftsmodells über den Süden einen nachteiligeren Effekt auf das letztere denn auf das frühere Gebiet hatte. (siehe Vo Nhan Tri, S. 62 ff.)
- 3 Adam Fjorde und Suzanne H. Paine: "Limits of National liberation - Problems of Economic Management in the Democratic Republic of Vietnam". London: Croom Helm, 1987
- 4 Tatsächlich hat ein Großteil der Bevölkerung keine andere Alternative der Sicherung des Überlebens.
- 5 Adam Fjorde, "The Successful commercialisation of a Neo-Stalinist Economic System - Vietnam 1979-89", Australian National University, Canberra, September 1990.
- 6 Eine erste Beschreibung gab Adrian Wood, "Deceleration of Inflation with Acceleration of Price Reform: Vietnam's Remarkable Recent Experience", Cambridge Journal of Economics, Vol 13/4 (1989), S. 563-571.
- 7 Dies war Folge der Tatsache, daß die Zinssätze für Kredite unter der Inflationsrate lagen. (Anmerkung d. Red.)
- 8 Ganz im Sinne der Einleitung zu diesem Artikel wurde der Entwurf neuer Eigentumsrechte häufig nach einem längeren Prozeß informeller und formeller Experimente eingeführt. Zum Beispiel der Landwirtschaft siehe Adam Fjorde, "Vietnamese Agriculture - Changing Property Rights in a Mature collectivized agriculture". "Communist Agriculture: Farming in the Far East and Cuba". Hrg. Karl-Eugen Wädekin. London: Routledge, 1990, S. 107-131.
- 9 Vgl. ausführlich Per Ronnas/Örjan Sjöberg, "Economic Reform in Vietnam: Dismantling the Centrally Planned Economy", Journal of Communist Studies, Vol. 7/1 (1991), S. 7-19.
- 10 Angaben größtenteils nach FEER, 19. Sept. 1991, S. 68.